

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Beigeordneter 4
Bearbeitet von: Herrn Bockemühl

Siegen, 28.04.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	18.05.2022
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	19.05.2022
Haupt- und Finanzausschuss	08.06.2022
Verkehrsausschuss	14.06.2022
Rat	15.06.2022

Kurzbezeichnung:

„Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen
hier:
Beschluss der öffentlichen Auslegung des Satzungsentwurfes“

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die öffentliche Auslegung der Stellplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen auf Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes einschließlich der beigelegten Anlagen und ergänzenden Erläuterungen.

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangslage:

Die Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018 (§ 48 Absatz 1 Satz 1) sieht vor, dass notwendige Stellplätze und Garagen sowie Fahrradabstellplätze einer baulichen oder sonstigen Anlage, für die ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeug oder Fahrrad zu erwarten ist, auf dem Baugrundstück oder in zumutbarer Entfernung davon auf einem geeigneten Grundstück herzustellen sind. Dessen Benutzung ist für diesen Zweck öffentlich-rechtlich zu sichern.

Darauffolgend regelt § 48 Absatz 1 Satz 2 den Vorrang kommunaler Regelungen, da landesweite Regelungen den unterschiedlichen lokalen Bedürfnissen nicht ausreichend Rechnung tragen können. Kommunale Regelungen können sowohl per Bebauungsplan als auch per örtlicher Satzung (§ 89 Absatz 1 Nummer 4) erlassen werden. Letztere erleichtert einer Kommune durch eine umfangreiche Satzungsbefugnis über Umfang und Erfüllungsmodalitäten der Stellplatzpflicht selbst zu entscheiden und damit Einfluss auf die verkehrliche und städtebauliche Entwicklung zu nehmen. Auch wenn sich der direkte Einfluss einer Stellplatzsatzung auf den privaten Raum bezieht, beeinflusst sie als Instrument kommunaler Verkehrsentwicklung indirekt den öffentlichen Raum.

Vornehmliches Ziel ist es, das Parken im öffentlichen Straßenraum zu vermeiden, indem Stellplätze und Fahrradabstellplätze auf den jeweiligen Grundstücken hergestellt werden, die den Bedarf auslösen. Dadurch werden der Verkehrsfluss verbessert, Staus und Gefahrenstellen vermieden sowie das städtebauliche Bild verbessert. Eine Stellplatzsatzung dient in erster Linie dazu, dem aktuellen Ist-Zustand des Stellplatzbedarfes gerecht zu werden. Daher kann diese Satzung nur flankierend zu Maßnahmen der Mobilitätswende beitragen. Sie kann lediglich für den beschränkten Einflussbereich (der Herstellung von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen im privaten Raum bei genehmigungspflichtigen Vorhaben) Impulse setzen.

Die Landesregierung NRW hat am 14.03.2022 die „Verordnung über notwendige Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Fahrräder (StellplatzVO NRW)“ erlassen, die am 01.07.2022 in Kraft tritt. Diese Landesverordnung betont den Vorrang kommunaler Stellplatzsatzungen und schreibt ausdrücklich nur das unverzichtbare Minimum an Regelungsinhalten für Stellplätze und Fahrradabstellplätze fest. Für darüber hinausgehende Anforderungen stehen den Kommunen unverändert die Instrumente örtlicher Satzungen zur Verfügung.

Regelungsinhalte der Stellplatzsatzung für die Universitätsstadt Siegen:

Mit einer Stellplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen besteht daher die Möglichkeit, detaillierte und auf die örtlichen Anforderungen angepasste Regelungen zu erlassen. Der Satzungsentwurf regelt neben der Anzahl herzustellender Stellplätze und Fahrradabstellplätze unter anderem deren Beschaffenheit und Standort sowie Möglichkeiten der Reduzierung und Ablöse. Für Letztere wurde die bisher geltende Ablösesatzung aus dem Jahr 2003 hinsichtlich der Gebietszonierung und der Ablösebeträge aktualisiert und in die Stellplatzsatzung integriert. Die Satzung gilt nur bei Neuerrichtung, wesentlicher Änderung oder wesentlicher Nutzungsänderung baulicher und sonstiger Anlagen. In Bebauungsplänen und sonstigen Satzungen können weiterhin abweichende Regelungen getroffen werden.

Der vorliegende Satzungsentwurf orientiert sich grundsätzlich an der neuen Landesverordnung sowie einem Leitfaden mit Mustersatzung des „Zukunftsnetzes Mobilität NRW“. Das Zukunftsnetz hat diesen Leitfaden sowohl in Workshops mit Akteurinnen und Akteuren entsprechender Fachdisziplinen als auch unter Beteiligung kommunaler Spitzenverbände (u. a. dem Städtetag NRW, dem Städte- und Gemeindebund sowie der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW) erarbeitet. Somit bietet dieser eine fachlich und rechtlich fundierte Basis, auf welcher der Siegener Satzungsentwurf unter Beteiligung der städtischen Fachabteilungen im Detail ausgearbeitet wurde.

Grundsätzlich wurde den Empfehlungen zu Regeltatbeständen und Rahmenwerten des Leitfadens gefolgt. Diese sind im Satzungsentwurf einschließlich der Anlagen ersichtlich und werden in den ergänzenden Erläuterungen detailliert erklärt. Im Folgenden werden daher nur die im Vergleich zu bisher geltenden Regelungen neuen Regeltatbestände oder wesentlichen Änderungen aufgeführt:

- Neben herzustellenden Stellplätzen für Kraftfahrzeuge sind nun auch Fahrradabstellplätze nachzuweisen. Somit ist der zum Abstellen notwendige Teil der Radverkehrsinfrastruktur im privaten Raum herzurichten.
- Bei der Schaffung zusätzlichen Wohnraums im Bestand kann unter bestimmten Voraussetzungen von der Herstellungspflicht von zusätzlichen Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen abgesehen werden. Damit soll die Schaffung von Wohnraum nicht durch die Stellplatzpflicht verhindert werden, wenn die Herstellung nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist.
- Für Vorhaben, bei denen die Stellplätze oder Fahrradabstellplätze nicht auf demselben Grundstück errichtet werden können, setzt die Satzung zumutbare Entfernungen fest.
- Eine Regelung von Zu- und Abfahrtsbreiten an öffentlichen Verkehrsflächen beugt Gefahrenstellen vor und sichert die Qualität des Ortsbildes.
- Zur optischen Auflockerung und umwelt- wie klimafreundlichen Anpassung von größeren Stellplatzanlagen wird für je fünf Stellplätze die Pflanzung eines Baumes gefordert.
- Sowohl bei Stellplätzen als auch bei Fahrradabstellplätzen ab einer gewissen Größe werden Vorbereitungen zur Elektrifizierung festgesetzt. Die Vorbereitung von Stromleitungen zur Ladung von Elektrofahrzeugen wird ohnehin per EU-Gesetz geregelt. Die Regelung zur Vorbereitung von Lademöglichkeiten für Elektrofahrräder sowie grundsätzliche Anforderung an Fahrradabstellplätze sichern deren Qualität und fördern den Radverkehr.
- Reduzierungsmöglichkeiten für die Anzahl herzustellender Stellplätze:
 - Durch die Kopplung der Herstellungspflicht an Lage und Angebotsqualität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) werden Anreize zum Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf andere Verkehrsträger gesetzt. Der „ÖPNV-Abzug“ basiert dabei auf festgelegten Kriterien der Angebotsqualität. In gut angebundenen Lagen ist der Umstieg vom Pkw auf den ÖPNV wesentlich einfacher und wahrscheinlicher als in ländlichen Stadtteilen. Stellplätze können folglich dort sinnvoll reduziert werden, wo der Umstieg leicht gelingen kann.
 - Bis zu 25 % der Stellplätze können durch zusätzliche Fahrradabstellplätze ersetzt werden. Dies setzt einen Anreiz zur Förderung des Radverkehrs.
 - Aussetzungsmöglichkeiten durch besondere Mobilitätsmaßnahmen setzen Anreize für alternative Fortbewegungsarten. Aussetzungen sind bereits ab fünf herzustellenden Stellplätzen möglich, erscheinen aber erst für größere Stellplatzbedarfe lohnenswert. Da hierbei im interkommunalen und fachlichen Diskurs bisher wenige Erfahrungswerte vorliegen, werden vorerst geringe Aussetzungsanteile festgesetzt.
- Die Ablösebeträge für Stellplätze wurden unter Berücksichtigung aktueller Bau- und Grunderwerbskosten angepasst. Neben gegenwärtigen Baukosten wurden die Grunderwerbskosten durch über die jeweilige Fläche gemittelte Bodenrichtwerte von

2022 GIS-basiert ermittelt. Dies stellt eine statistisch belastbare Berechnungsgrundlage dar. Zudem wurden die Gebietszonierungen genauer untersucht und von bisher drei auf fünf Zonen erweitert. Dies gewährleistet eine praxisnähere Zuordnung von Ablösebeträgen.

- Der maximale Reduzierungs- und Ablöseanteil von insgesamt 50 % gewährleistet, dem Mindestmaß des Stellplatzbedarfes gerecht zu werden.
- Fahrradabstellplätze können nicht reduziert oder abgelöst werden.
- Die Anzahl herzustellender Stellplätze und Fahrradabstellplätze orientieren sich grundsätzlich an den Mittelwerten der empfohlenen Spanne des Leitfadens. Dies gewährleistet in erster Linie, dass aktuellen Bedarfen Rechnung getragen wird.
- Die Stellplatzsatzung kann immer nur einen gewissen Generalisierungsgrad für herzustellende Stellplätze und Fahrradabstellplätze über alle möglichen Nutzungsarten, Gebietszonen, Reduzierungs- und Ablösemöglichkeiten hinweg bieten. Daher lässt die Satzung unter bestimmten Voraussetzungen bei einzelnen Regelungstatbeständen eine Einzelfallberechnung sowie Spielraum für abweichende Festlegungen in begründeten Ausnahmefällen zu. Die Entscheidung über diese obliegt stets der Universitätsstadt Siegen.

Als Anlage und Bestandteil der Satzung gelten die Richtzahltablette, die Tabellen der Reduzierung nach Lage und Qualität der ÖPNV-Anbindung und der Aussetzungsmöglichkeiten durch besondere Mobilitätsmaßnahmen sowie die kartographische Darstellung der Gebietszonierung. Der Satzung liegen zudem ergänzende Erläuterungen bei, die die Regelungsinhalte und deren Hintergrund detailliert erklären.

Weiteres Vorgehen:

Nach Beschluss zur Offenlage erfolgen die öffentliche Bekanntmachung und externe Beteiligung. Die Stellungnahmen werden anschließend geprüft und der Satzungsentwurf gegebenenfalls überarbeitet. Der Beschluss zum Erlass der Satzung soll nach aktuellem Stand in der Ratssitzung am 14.09.2022 erfolgen, wonach die Satzung in Kraft treten kann.

Darüber hinaus ist in den ersten Jahren nach Erlass der Stellplatzsatzung eine regelmäßige (voraussichtlich jährliche) Evaluation geplant, um die vielen detaillierten Regelungen zu prüfen und gegebenenfalls nachzubessern.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit den Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) Einerseits erhöht die Herstellungspflicht von Stellplätzen den Grad der Flächenversiegelung und kann bei hohen Richtzahlen den motorisierten Individualverkehr fördern. Andererseits weist die Richtzahlentabelle jedoch größtenteils mittlere Richtzahlen im Vergleich zu den empfohlenen Spannen des Leitfadens auf. Zudem wird der öffentliche Raum vom ruhenden Verkehr entlastet, wodurch der Verkehrsfluss verbessert wird. Dadurch werden auch der ÖPNV sowie der Rad- und Fußverkehr attraktiver. Darüber hinaus werden erstmals verbindlich Fahrradabstellplätze gefordert und der kommunale Satzungsentwurf setzt einige Anreize zum Umstieg auf andere Verkehrsträger. Eine belegbare Aussage ist aufgrund des komplexen Sachverhalts und des indirekten Einflusses der Satzung auf den Verkehr im öffentlichen Raum daher nicht möglich.			

i. V.

gez.

Henrik Schumann
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.